

DFG fördert neues internationales Forschungsprojekt an der Professur für Europäische Zeitgeschichte seit 1945 zu den „Manövrierräumen im Staatssozialismus“ (Laufzeit 2016-2019)

Die Schlussfolgerung der offiziellen Parteikommission, die im Jahr 1972 aus der polnischen Hauptstadt Warschau nach Zakopane (einem südpolnischen Bergort im Tatra-Gebirge) geschickt wurde, klang erstaunlich. Die Kommission stellte fest, „dass sich der Staat in Zakopane in einer noch schlechteren Situation befindet als im Kapitalismus, denn er nimmt hier nicht einmal mehr die Position eines Nachtwächters ein, sondern muss sich mit der Rolle des unbezahlten Streckenwärters und Straßenkehrers begnügen.“ Eine solche Auffassung von staatlicher Machtlosigkeit, die in ähnlicher Form auch in anderen Ländern des sozialistischen Blocks thematisiert wurde, steht in offensichtlichem Widerspruch zu der häufig vertretenen Auffassung, dass der gut vier Jahrzehnte „real existierende Sozialismus“ in Mittel- und Osteuropa ausschließlich als unablässiger Kampf zwischen der aus dem Osten importierten Diktatur und der Nation bzw. der Gesellschaft zu betrachten sei. Historiker wie Soziologen kritisieren seit ca. 15 Jahren die Unangemessenheit einer solchen Perspektive; sie warnen dabei vor einem einseitigen Schwarz-Weiß-Bild der jüngeren Vergangenheit und weisen darauf hin, dass große Bereiche des alltäglichen Lebens, der politischen Aushandlungsprozesse, der Ökonomie oder der Kultur sich im Sozialismus nicht in das simple Schema von Staatsmacht (Repression) und Gesellschaft (Widerstand) pressen lassen.

Auch gut ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime im mittleren und östlichen Europa sind deren politische, ökonomische und kulturelle Hinterlassenschaften nicht verschwunden, sondern stellen weiterhin wirkmächtige Faktoren in den postsozialistischen Gesellschaften dar. Nicht zuletzt um gegenwärtige politische Verwerfungen und Verständigungsschwierigkeiten in jenen Ländern sowie im zusammenwachsenden Europa besser verstehen zu können, bleibt die Erforschung der sozialistischen Epoche ein wichtiges Anliegen der Zeitgeschichtsschreibung. Dieser Aufgabe widmet sich für drei Jahre ab Mai 2016 das Forschungsprojekt „Manövrierräume im Staatssozialismus“, das gemeinsam von der Professur für Europäische Zeitgeschichte seit 1945 an der Universität Siegen (Prof. Dr. Claudia Kraft) und dem Historischen Institut der Universität Warschau (Prof. dr hab. Jerzy Kochanowski) durchgeführt wird. Die Zusammenarbeit des internationalen Projektteams wird auf deutscher Seite von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und auf polnischer Seite vom Nationalen Wissenschaftszentrum (NCN, Narodowe Centrum Nauki) gefördert.

Ziel des Projektes ist die Identifizierung und Erforschung besagter „Manövrierräume“, die auf die eine oder andere Weise in allen Ländern der sogenannten Volksdemokratien (zu den von uns untersuchten Ländern gehören die DDR, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei)

existierten. „Manövrierräume“ werden dabei nicht in idealisierender Weise als isolierte Sphären der Freiheit betrachtet, in denen sich völlig autonome und selbstbestimmte historische Akteure entfalten und ihren Nonkonformismus ausleben konnten, sondern in einem breiteren Sinne als geographische, gesellschaftliche oder institutionelle Räume, die sich aus unterschiedlichen Gründen der politischen Kontrolle entziehen konnten oder deren Existenz von der Politik mehr oder weniger bewusst gebilligt bzw. zugelassen wurde. Wir untersuchen, auf welche Weise Ostdeutsche, Polen, Rumänen, Slowaken und Tschechen in der sozialistischen Realität klar kamen und welche der ihnen vorgegebenen Normen sie übernahmen, um sie erfolgreich für ihre Interessen zu adaptieren. Dabei interessieren uns auch solche Anpassungsleistungen der Gesellschaft, die vor dem Hintergrund spezifischer historischer oder geographischer Bedingungen stattfanden. Hier sind zum Beispiel geographische Räume mit ihren Eigengesetzlichkeiten wie die Bergregion der polnischen oder slowakischen Tatra zu nennen oder moderne Industriestädte mit einer spezifischen Sozialstruktur wie das polnische Gdynia oder das tschechische Zlín. In weiteren Teilprojekten wird das scheinbar paradoxe Etablieren antisystemischer oder zumindest ideologiefreier Lösungen durch die Staatsmacht analysiert, etwa wenn landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in ihrer marktorientierten Produktion unterstützt wurden. Aber uns interessieren auch solche Gruppen wie Amateurfunker, Esperantisten oder Kleingärtner, die über eine gewisse Autonomie verfügten bzw. denen gegenüber der Staat eine indifferente Haltung an den Tag legte und deren Aktivitäten zum Teil quasi im Windschatten politischer Entscheidungen stattfinden konnten. Auch hier gilt zu betonen: wir untersuchen mit solchen „Manövrierräumen“ keine herrschaftsfreien Räume oder Enklaven des Widerstands (auch wenn dort durchaus widerständiges Handeln zu identifizieren ist), sondern betrachten sie in einer breiteren Perspektive als Bestandteile der staatssozialistischen Ordnung, die nicht selten sogar zur Stabilisierung derselben beitrugen. Mit der Untersuchung der „Manövrierräume“ sollen daher keine marginalen, anscheinend exotische Phänomene in den Blick genommen werden, sondern ein wichtiger Beitrag zum Verständnis des Funktionierens der sozialistischen Gesellschaftsordnung geleistet werden.

An der Professur für Europäische Zeitgeschichte der Universität Siegen werden folgende drei Teilprojekte bearbeitet:

- Von der Muster-LPG zur Großagrarischen-GmbH. Das Beispiel Golzow
(Projektbearbeiterin: Maria Hetzer M.A.)
- Amateurfunk als Fenster zur Welt in der DDR und der Volksrepublik Polen
(Projektbearbeiter: Matthias Barelkowski M.A.)
- Umwelt- und Naturschutz als verbindendes Thema im Dreiländereck DDR– Polen –
Tschechoslowakei vor und nach 1990? (Projektbearbeiter: PD Dr. Markus Krzoska)

Kontakt: claudia.kraft@uni-siegen.de